RW-01-137 Religions- und Weltanschauungsfreiheit in der offenen Gesellschaft

Antragsteller*in: Bundesvorstand
Beschlussdatum: 21.10.2016

Änderungsantrag zu RW-01

Von Zeile 136 bis 137 einfügen:

- Abhängigkeit von einem Staat und dessen jeweiliger Regierungspolitik entspricht nicht der grundgesetzlich geforderten Trennung von Religion und Staat.
  Unabhängig von dieser Einschätzung sind in den vergangenen Jahren in einigen Bundesländern, Vereinbarungen und Verträge der Länder mit verschiedenen muslimischen Verbänden zu Sachverhalten wie Religionsunterricht, Feiertagen, Bestattungsrecht, Bildung, Rundfunk oder Anstaltsseelsorge geschlossen worden. Bündnis 90/Die Grünen erkennen dies als Schritte des Respekts gegenüber den muslimisch Gläubigen ausdrücklich an und gehen davon aus, dass grün mitregierte Länder einen solchen Rahmen für den konstruktiv-kritischen Dialog nutzen.

Begründung

mündlich